Stand: 27.04.2024 06:04:48

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/7009

"Einführung einer geschlechtergerechten Haushaltsplanung und -steuerung (Gender Budgeting)"

Vorgangsverlauf:

1. Antrag 16/7009 vom 21.01.2011
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/8046 des HA vom 08.02.2011
3. Beschluss des Plenums 16/8149 vom 29.03.2011
4. Plenarprotokoll Nr. 71 vom 29.03.2011

Antrag

der Abgeordneten **Christa Naaß, Dr. Simone Strohmayr**, Inge Aures, Susann Biedefeld, Sabine Dittmar, Annette Karl, Natascha Kohnen, Maria Noichl, Karin Pranghofer, Adelheid Rupp, Helga Schmitt-Bussinger, Kathrin Sonnenholzner, Diana Stachowitz, Christa Steiger, Angelika Weikert, Johanna Werner-Muggendorfer, Margit Wild, Isabell Zacharias **SPD**

Einführung einer geschlechtergerechten Haushaltsplanung und -steuerung (Gender Budgeting)

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. Gender Budgeting zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern in ihrer Haushaltsplanung und -steuerung umzusetzen,
2. als Einstieg für eine systematische Umsetzung umgehend Pilotprojekte in verschiedenen Ministerien zu realisieren und auf den Pilotprojekten aufbauend schrittweise in allen Bereichen der Landesverwaltung eine geschlechtergerechte Haushaltsplanung und -steuerung zu verwirklichen,
3. zur Begleitung dieser Pilotprojekte eine Arbeitsgruppe einzusetzen und
4. Ende 2011 dem Landtag über die Umsetzung Bericht zu erstatten.

Begründung:

Der Vertrag von Amsterdam (1999) verpflichtet alle EU-Mitgliedstaaten, Gender Mainstreaming in allen relevanten Politikbereichen, also auch in der Haushaltspolitik umzusetzen. Im Juli 2003 forderte das Europäische Parlament in der Entschließung „Gender Budgeting“ die Mitgliedstaaten sowie die kommunalen und regionalen Regierungen auf, Gender Budgeting in die Praxis umzusetzen. Die Staatsregierung hat diesen Auftrag bei der Aufstellung und Umsetzung des Haushalts bisher nicht umgesetzt, obwohl es Ministerratsbeschlüsse vom 25. Juli 2002, 1. Oktober 2002 und 5. Oktober 2004 zur geschlechtersensiblen Sichtweise als Leitprinzip für die bayerische Verwaltung gibt.

Die Ziele von Gender Budgeting sind die Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern und der Verteilungsgerechtigkeit beim Einsatz öffentlicher Mittel.

Dazu ist es erforderlich, Transparenz herzustellen über die Verteilung und die Wirkung der Haushaltsmittel auf Frauen und Männer in der Haushaltsplanung und bei der Umsetzung des Haushaltes sowie über die Wirkung von Steuern und Gebühren auf Frauen und Männer.

Gender Budgeting trägt durch die Ermittlung von Informationen zur Verteilung und Wirkung der öffentlichen Mittel zu einer wirkungsorientierten und effizienteren Haushaltspolitik bei z.B. durch eine bessere Abstimmung von Bedarf und Angebot und einer besseren Abstimmung der Ausgestaltung von Angeboten auf die Bedürfnisse der Adressatinnen und Adressaten.

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

Antrag der Abgeordneten Christa Naaß, Dr. Simone Strohmayr u.a.

SPD

Drs. 16/7009

Einführung einer geschlechtergerechten Haushaltsplanung und -steuerung (Gender Budgeting)

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter:

Volkmar Halbleib

Mitberichterstatter:

Alexander Radwan

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 104. Sitzung am 8. Februar 2011 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - SPD: Zustimmung
 - FW: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Enthaltung
 - FDP: AblehnungAblehnung empfohlen.

Georg Winter

Vorsitzender

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Christa Naaß, Dr. Simone Strohmayr**, Inge Aures, Susann Biedefeld, Sabine Dittmar, Annette Karl, Natascha Kohnen, Maria Noichl, Karin Pranghofer, Adelheid Rupp, Helga Schmitt-Bussinger, Kathrin Sonnenholzner, Diana Stachowitz, Christa Steiger, Angelika Weikert, Johanna Werner-Muggendorfer, Margit Wild, Isabell Zacharias **SPD**

Drs. 16/7009, 16/8046

Einführung einer geschlechtergerechten Haushaltsplanung und -steuerung (Gender Budgeting)

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl

Abg. Christa Naaß

Abg. Gudrun Brendel-Fischer

Abg. Günther Felbinger

Abg. Eike Hallitzky

Abg. Prof. Dr. Georg Barfuß

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Ich rufe Tagesordnungspunkt 12 auf:

**Antrag der Abgeordneten Christa Naaß, Dr. Simone Strohmayr, Inge Aures u. a.
(SPD)**

**Einführung einer geschlechtergerechten Haushaltsplanung und -steuerung
(Gender Budgeting) (Drs. 16/7009)**

Ich eröffne die Aussprache. Die erste Wortmeldung kommt von Frau Kollegin Naaß. Bitte sehr. Sie haben je fünf Minuten Redezeit.

Christa Naaß (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu später Stunde kommt noch einer der wichtigsten Anträge, die wir heute zu beraten haben.

(Heiterkeit und Zurufe)

Es geht schließlich um Haushaltspolitik, und Haushaltspolitik betrifft das Budgetrecht, das der Bayerische Landtag hat. In diesem Antrag geht es nun um die geschlechtergerechte Haushaltsplanung und -steuerung, das sogenannte Gender Budgeting.

Bereits im Juli 2003 forderte das Europäische Parlament die Mitgliedstaaten sowie die kommunalen und regionalen Regierungen auf, Gender Budgeting in die Praxis umzusetzen, also eine geschlechtergerechte Haushaltsführung zu praktizieren. Diese hat zum Beispiel das Ziel, ungleiche Verteilungseffekte zwischen Frauen und Männern aufzudecken. Das bedeutet, jede Maßnahme im Haushalt soll auf ihre Auswirkungen auf Frauen und Männer überprüft werden. Ziel ist eine gerechte Verteilung der Ressourcen und eine praktische Gleichstellungspolitik gerade in Zeiten knapper Kassen.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Das ist offensichtlich ein Thema, das Männer überhaupt nicht interessiert, obwohl es eigentlich auch euch betreffen müsste.

(Zurufe von der CSU: Sehr! - Weitere Zurufe von CSU und SPD)

Ich bitte deshalb um etwas mehr Aufmerksamkeit, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der SPD)

Die Bayerische Staatsregierung hat leider den Auftrag, der vom Europäischen Parlament kommt, bisher im Rahmen des Haushalts nicht umgesetzt, obwohl es entsprechende Ministerratsbeschlüsse aus den Jahren 2002 und 2004 zur geschlechtersensiblen Sichtweise als Leitprinzip für die bayerische Verwaltung gibt. Das alles, Herr Staatssekretär, beschließen Sie zwar, aber Sie setzen es nicht um.

Deshalb hilft Ihnen nun die SPD-Landtagsfraktion, indem sie Sie mit ihrem Antrag auffordert, die Umsetzung von Gender Budgeting auch in Bayern vorzunehmen.

(Unruhe - Georg Schmid (CSU): Passt halt auf!)

Als Einstieg sollen Pilotprojekte in verschiedenen Ministerien als spätere Modelle für alle Bereiche der Landesverwaltung und auch für die Kommunen und die Regionalparlamente auf den Weg gebracht werden.

Zur Begleitung dieser Pilotprojekte soll eine Arbeitsgruppe eingesetzt werden, und Ende 2011 soll Bericht erstattet werden. Auf der Grundlage dieser Erfahrungen kann dann festgestellt werden, ob diese Modellprojekte so passend sind, dass sie für alle Bereiche der öffentlichen Verwaltung umgesetzt werden können.

Dieser Zeitraum kann von unserer Seite her gern bis Ende 2012 verlängert werden. In anderen Bundesländern wie zum Beispiel in Berlin, aber auch in manchen Kommunen wird Gender Budgeting längst praktiziert, wie zum Beispiel in der Landeshauptstadt München oder, ein ganz positives Beispiel, in Wien.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wissen Sie eigentlich, ob und wie die Haushaltsmittel im Hinblick auf die Geschlechter aufgeteilt werden? - Das wissen Sie sicherlich nicht. Wissen Sie, wie viele Mittel aus Förderprogrammen oder -maßnahmen an Frauen oder Männer gehen?

(Georg Schmid (CSU): Das kann man nicht zuteilen!)

Auch das wissen Sie nicht. Wissen Sie, ob die Mittel aus Förderprogrammen wie zum Beispiel dem Konjunkturprogramm überwiegend den Männern oder den Frauen zugute kommen? Eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung hat zum Beispiel ergeben, dass das Konjunkturpaket einseitig Männern geholfen hat, weil hauptsächlich Technikbetriebe gefördert wurden.

(Georg Schmid (CSU): Die Frauen sind doch auch in der Technik beschäftigt!)

Wissen Sie, wie sich Kürzungen in den Einzelhaushalten auf Frauen und auf Männer auswirken, wie zum Beispiel die Herabsetzung der Eingangsbesoldung im Staatsdienst? Wie viele Männer sind betroffen durch diese einseitigen Sparmaßnahmen und wie viele Frauen?

(Georg Schmid (CSU): Das sind doch nicht mehr Männer als Frauen!)

Kommt es hier zu einer einseitigen Belastung? Wissen Sie das? - Nein! Wissen Sie, ob die bestehenden Kürzungen die bestehenden Ungleichheiten verstärken oder nicht? Wissen Sie, ob der Mitteleinsatz bestehende Ungleichheiten verstärkt oder reduziert? Wissen Sie, ob die Gelder effizient eingesetzt werden und auch dort ankommen, wo sie erforderlich sind? Nein, das wissen Sie nicht, das wissen wir nicht und das weiß auch die Staatsregierung bisher nicht.

(Zuruf von der CSU: Aber das weiß die SPD!)

Es liegt aber in der Verantwortung der Staatsregierung, denn es ist ein Auftrag aus dem Europäischen Parlament, der bisher nicht umgesetzt wird. Das Finanzministerium hat zwar auf eine Schriftliche Anfrage meiner Landtagskollegin Dr. Simone Strohmayr geantwortet, dass geschlechterspezifisches Denken zwar als wichtiger Schritt zur Modernisierung des Freistaates Bayern angesehen wird, doch sieht die Bayerische Staatsregierung keinen Anlass dafür, dieses "Wunschdenken" im Rahmen der Haushaltsplanung in die Realität umzusetzen. Lediglich beim Vollzug werde die Geschlech-

tergerechtigkeit beachtet. Das allerdings muss ich bezweifeln, weil auch dazu keine Zahlen vorliegen, Herr Staatssekretär.

Ich habe den Eindruck, die Staatsregierung hat bis heute nicht begriffen, um was es geht.

(Beifall bei der SPD)

Ich hoffe, dass das Parlament in Gänze schlauer ist, liebe Kolleginnen und Kollegen. Denn gerade in Zeiten knapper Kassen muss es doch das Anliegen aller sein, auf eine effiziente, transparente und zielführende geschlechtergerechte Haushaltsplanung und -steuerung hinzuwirken.

Die Erfahrungen haben gezeigt, Gender Budgeting trägt zu einer wirkungsorientierten und effizienteren Haushaltspolitik bei. Ich hoffe, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass Sie uns bei diesem Antrag unterstützen und dass das, was vor vielen Jahren vom Europäischen Parlament vorgegeben wurde, endlich auch in Bayern berücksichtigt und umgesetzt wird.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Frau Kollegin Naaß. Ich bitte jetzt für die CSU Frau Brendel-Fischer ans Redepult.

Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag, der uns heute vorliegt, will erreichen, dass die Geschlechterperspektive, das heißt der Gender Mainstream, im Haushaltswesen Anwendung findet. Es sollen Pilotprojekte durchgeführt und Arbeitsgruppen gebildet werden.

Unserer Meinung nach gibt hier vorrangig die Bayerische Verfassung in Artikel 18 Absatz 2 ganz konkret vor, dass sowohl der Gesetzgeber als auch die Exekutive zur Gleichbehandlung von Männern und Frauen verpflichtet sind.

(Zurufe und Lachen bei der SPD - Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Sie gestatten, dass wir lachen!)

Das ist per Gesetz durchgängiges Handlungsprinzip, an das sich alle Entscheiderinnen und Entscheider, an welcher Stelle auch immer, halten müssen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Ans Christliche glauben wir auch nicht!)

Liebe Kolleginnen, keine Aufregung. Ich räume natürlich ein, dass hier noch Anstrengungen nötig sind.

(Zuruf von der FDP: Wir behandeln doch alle gleich!)

Im Moment führen sich die Frauen hier mehr auf als die Männer. Das muss ich schon einmal sagen.

(Beifall bei der CSU - Alexander König (CSU): Genau! - Weitere Zurufe von der SPD)

Ich räume ein, dass Anstrengungen nötig sind, bis eine echt geschlechtersensible Sichtweise bei allen angekommen ist und zur Regel wird. Es ist aber nicht die alleinige Aufgabe der Staatsregierung bzw. der von ihr beauftragten Gleichstellungsbeauftragten. Der Ministerrat hat sich 2002 und 2003 bereits mehrfach geäußert und einschlägige Beschlüsse gefasst. Das Thema ist flächendeckend rechtlich verankert.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Darauf warten wir heute noch!)

Im Auftrag des Staatsministeriums für Arbeit und Soziales entstand in Kooperation mit dem Gender-Zentrum der Universität Augsburg ein online-basiertes Angebot, das standortunabhängig und dezentral für alle zugänglich Information und Fortbildung ermöglicht.

(Unruhe)

- Spreche ich zu schnell?

Außerdem ist das Anliegen auch immer Thema der Ausbildung der Beamtinnen und Beamten im öffentlichen Dienst. Wir meinen, dass das Bewusstsein für Geschlechtersensibilität allein dadurch befördert wird, dass immer mehr Frauen insbesondere im öffentlichen Dienst an Entscheidungspositionen kommen und dass immer mehr Männer für diese Belange aufgeschlossen sind.

(Christa Naaß (SPD): Wie viele?)

Zudem, das halte ich für sehr wichtig, kommen von außen, sei es durch Verbände oder Initiativen im vorpolitischen Raum entsprechende Ideenpotenziale. Auch das ist richtungsweisend. Auch wir wollen hier erreichen, was Sie wollen. Wir haben aber andere Wege und Arbeitsweisen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Viel längere!)

Wir wollen ebenso eine bürger- und geschlechtergerechte Haushaltspolitik und setzen uns insbesondere dafür ein, dass wir auf Fehlermeldungen im System reagieren oder bürgerfreundlich und bedarfsgerecht präventiv agieren. Ich glaube, meine Damen und Herren, es gibt viele Bereiche in unserer politischen Landschaft, unserer Gesellschaft und unserem Staatsgefüge, wo dieses aktive Eingreifen nicht nötig ist, sondern wo das Anliegen zum Selbstläufer wird. Wenn man jeden Haushaltsansatz und jeden Euro einer stringenten Prüfung unterzieht, bedeutet das letztendlich mehr Bürokratie.

Im Übrigen möchte ich auch darauf verweisen, dass es noch nicht lange her ist, dass wir ein EuGH-Urteil in Empfang nehmen konnten, durch das die Versicherungen aufgefordert sind, entsprechende Unisex-Tarife auf den Markt zu bringen. Das hängt indirekt damit zusammen, nicht aber mit dem von Ihnen gewollten Weg.

Zuletzt möchte ich darauf hinweisen, dass wir das Anliegen nicht mit einer aufbauschenden Bürokratie regeln wollen, die wir ohnehin ständig beklagen, sondern wir versuchen Lösungsansätze zu entwickeln, die, wie bereits gesagt wurde, bedarfsgerecht

sind. Wenn wir Benachteiligungen insbesondere von Frauen feststellen, werden wir sehr wohl ein Augenmerk auf den kleinen Unterschied legen.

Frau Naaß, Sie haben das Konjunkturpaket angesprochen. Warum sollten wir ausgerechnet hier einschreiten? - Es war eine männlich geprägte Arbeitslosigkeit. Im sozialen Bereich haben viele Frauen Arbeit. Dort war die Arbeitslosigkeit und das Abschmelzen von Arbeitsplätzen so gut wie nicht gegeben. In der Wirtschaftskrise haben wir eine Arbeitslosigkeit der Männer durchlaufen. Ich meine, wir haben sie mit den richtigen Maßstäben gemeistert. Für jedes Programm, das der Staat auflegt, können sich Frauen und Männer bewerben. In diesem Sinne ist es für alle offen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Ich hoffe, der Beifall ist wirklich so nachhaltig, wie er im Moment ertönt.

(Christa Naaß (SPD): Scheinheiliger Beifall ist es!)

Ich bitte Herrn Felbinger nach vorne. Bitte schön.

Günther Felbinger (FW): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Naaß, ich gebe Ihnen auf jeden Fall recht, dass das Thema "Geschlechtergerechtigkeit" eines der wichtigsten Themen ist. Es verdient am Schluss unserer heutigen Debatte unser aller Aufmerksamkeit. Ob es allerdings eine geschlechtergerechte Haushaltsplanung sein muss, will ich offen lassen. Das Gender Budgeting ist in Deutschland rechtlich kaum vorhanden oder verankert. Selbst in Berlin - Sie haben es erwähnt - wurde im Landeshaushalt noch keine definitive Regelung dafür gefunden. Mit Ihrem Antrag möchten Sie eine geschlechtergerechte Haushaltspolitik erreichen. Damit wird suggeriert, dass eine Ungerechtigkeit vorliegt.

(Unruhe)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben nur noch drei Wortmeldungen. Ich meine, dass unsere Geduld so lange reichen sollte. Bitte seien Sie etwas ruhiger.

Günther Felbinger (FW): Wenn wir über Gender Budgeting sprechen, sprechen wir auch über den Einsatz von Haushaltsmitteln und die Erhebung von Steuern und ihre Wirkung auf das Politikziel der Gleichberechtigung von Männern und Frauen. Die grundsätzliche Frage, die ich mir stelle, wird über verschiedene Projekte, die bundesweit gelaufen sind, nicht beantwortet, nämlich ob Frauen oder Männer durch die Haushaltsansätze stärker gefördert oder benachteiligt werden und ob Sparmaßnahmen die Geschlechter in unterschiedlichem Ausmaß belasten.

(Christa Naaß (SPD): Das habe ich auch gefragt!)

Will man diese Fragen beantworten, müsste man eine systematische Prüfung aller Einnahmen und Ausgaben im Haushaltsprozess bei der Aufstellung, Ausführung und Rechnungslegung sowie aller haushaltsbezogenen Maßnahmen auf die ökonomischen Effekte für Männer und Frauen sowie auf die gesellschaftlichen Geschlechterverhältnisse durchführen.

Es gibt durchaus Vorteile, die dafür sprechen. Die Ausgaben eines Staates stellen einen bedeutenden Teil des Bruttoinlandproduktes dar, und staatliche Ausgaben und Einnahmen greifen in nahezu alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens ein. Daher ist die Auswirkung des staatlichen Handelns und dessen ökonomische Wirkung von zentraler Bedeutung für Fragen der Gleichstellung von Männern und Frauen. Gerade die nicht offensichtlichen Wirkungen spielen dabei eine Rolle. Daher ist es interessant zu wissen, wie sich die aktuelle Haushalts- und Finanzpolitik bzw. die Prioritätensetzung der Politik, die durch das jeweilige Budget ausgedrückt wird, auf die gleichstellungsrelevanten Fragen auswirken. Wenn man das darstellen wollte, wäre das in der Tat eine hervorragende Grundlage für eine fundierte Gleichstellungspolitik. Der Nachteil - das ist die hohe Hürde - ist der relativ hohe bürokratische Aufwand. Ich habe

heute Nachmittag noch einmal mit der Stadtverwaltung von Köln telefoniert. Dort wurde mir bestätigt, dass zusätzliche Stellen geschaffen werden müssten, um die nötigen Daten zu erheben. Mit dem Haushalts- und dem Gender Personal müsste intensiv zusammengearbeitet werden. Sie haben vorhin gesagt, in Zeiten knapper Kassen würde das zu mehr Effizienz führen. Das will ich in Frage stellen, da man mehr Bürokratie und mehr Personal braucht. Insofern ist es nicht so einfach, wie Sie das behauptet haben.

Die Berechnungen, die Sie angestellt haben, sind zum Teil hoch kompliziert und in ihren Aussagen nicht eindeutig. Deshalb stellt sich für mich die Frage, ob dieser Aufwand gerechtfertigt ist und ob es nicht auch günstigere Informationen über die Auswirkung der Politik auf die Gleichstellung geben würde.

Der Antrag wird in der vorliegenden Form von den Freien Wählern abgelehnt, da zu viele Fragen noch offen sind. Transparenz, Verlässlichkeit und Übertragbarkeit sind bisher nicht geprüft. Allerdings scheint uns ein Bericht der Staatsregierung hierüber durchaus sinnvoll, um weitere Informationen zu bekommen. Als Anregung möchte ich geben, dass sich eventuell die Informationen, die sich über das Gender Budgeting ergeben würden, über einen einmaligen Bericht pro Legislaturperiode erreichen ließen. In diesem Sinne können wir dem Antrag in dieser Form leider nicht zustimmen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Für das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bitte ich Herrn Kollegen Hallitzky ans Mikrofon.

Eike Hallitzky (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Brendel-Fischer, Sie sagten, in der Verfassung stünde die Gleichberechtigung von Mann und Frau, deshalb werde die CSU dieses Ziel schon realisieren. In der Verfassung steht auch das individuelle Recht auf Arbeit. Alleine von der Verfassung her zu denken, da wäre ich nicht ganz so optimistisch wie Sie. Im Unterschied zum Antrag haben Sie im Wesentlichen über das Thema "gleicher Lohn für gleiche Arbeit" disku-

tiert. Herr Felbinger hat aber richtig gesagt, dass es hier vor allem um die Mittelverteilung geht. Wir wissen selbst, dass im öffentlichen Dienst in Bayern gleicher Lohn für gleiche Arbeit gewährleistet ist, es allerdings im Aufstiegsbereich Probleme gibt.

Die Forderung nach Gender Budgeting ist begründet. Sehen wir uns zum Beispiel einmal den ÖPNV an. Der ÖPNV wird von mehr Frauen genutzt, die Straßen mehr von Männern. Je nachdem, in welchen Bereich Geld investiert wird, trifft dies Frauen und Männer unterschiedlich. Das ist einfach so. Dies müssen Sie auch so zur Kenntnis nehmen.

Aber: In der momentanen Situation ist die Einführung des Gender Budgeting eine hochkomplizierte und schwierige Sache. Berlin führt seit einigen Jahren Pilotprojekte ein und evaluiert diese Projekte. Ebenso München. Schon bei diesen wenigen Pilotprojekten ist es sehr schwierig, festzustellen, welche positiven Punkte herausgezogen werden können. In dieser Konstellation hat die SPD einen Antrag vorgelegt, der die ganze Komplexität beiseitegewischt hat. Das ist problematisch. Sie sagen, Sie wollten Pilotprojekte zur Umsetzung in allen Bereichen einführen. Herr Felbinger hat darauf hingewiesen, dass es solcher Pilotprojekte in einigen Bereichen möglicherweise gar nicht bedarf. Außerdem wollen Sie noch in diesem Jahr einen Bericht darüber haben, obwohl die Pilotprojekte in anderen Ländern mehrere Jahre gelaufen sind. Wir halten diese Forderung für unrealistisch.

Die notwendigen Schritte dafür müssten auch erst als Pilotprojekte eingeführt werden. Wir müssten beispielsweise untersuchen, wie sich konkrete Haushaltszahlen - ich habe soeben den ÖPNV als Beispiel genannt - auf die einzelnen Geschlechter auswirken. Wir müssten auch einen ernsthaften fachlichen Diskurs in den Ausschüssen oder im Plenum führen und das Finanzcontrolling beauftragen, Untersuchungen in bestimmten Bereichen durchzuführen. Diese Bedingungen sind noch nicht erfüllt. Obwohl wir inhaltlich völlig d'accord sind, tut es uns leid, dass wir diesem Antrag nicht zustimmen können. Wenn ich böse wäre, müsste ich sagen: Der gute Wille ist erkennbar, das Ziel ist auch richtig, aber so, wie der Antrag gestellt ist, würden wir

über unsere eigenen Füße stolpern, wenn wir ihm zustimmen würden. Deshalb werden wir uns der Stimme enthalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Das letzte Wort hat heute Herr Kollege Professor Dr. Barfuß - natürlich mit Ausnahme meines letzten Wortes.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Unsere Fraktion hat zwei Haushälter. Nachdem Herr Kollege Klein heute schon eine fulminante Rede gehalten hat, hat er gesagt: Weil Du immer so frech zum Zeil bist, musst Du jetzt zum Thema Gender reden. Sie sehen, bei uns gibt es schon eine gerechte Strafe.

Spaß beiseite. 56 % der Wahlberechtigten sind Frauen. Wir haben uns die Wählerinnen und Wähler nicht ausgesucht, sondern die Wählerinnen und Wähler haben sich uns ausgesucht. Ich will damit sagen, dass wir nicht bei jedem Thema 50:50 machen können. Wir hatten einmal in Bayern - das vergessen viele - das erste Umweltministerium in ganz Europa. Ein gewisser Max Streibl war der Minister. Heute haben wir einen grünen Ministerpräsidenten in Deutschland. Es hat also gedauert, bis eine neue Idee in praktische Politik umgesetzt wurde.

Frau Marie Juchacz, die Gründerin der AWO, und andere Frauen mussten sich einmal verlachen lassen. Heute haben wir eine Bundeskanzlerin. Genauso wird es mit dem Gender Budgeting auch kommen. Das ist ein langfristiger Prozess, der sich nicht von heute auf morgen vollzieht. Gehen Sie einmal auf die Homepage des einzigen Bundeslandes, wo es das Gender Budgeting bereits gibt, nämlich Berlin: Dort ist wörtlich ausgeführt "und ist als ein langfristiger Entwicklungs- und Veränderungsprozess zu betrachten". Deswegen nützt hier alle Aufgeregtheit nichts. Berlin ist das erste Bundesland, das damit begonnen hat. Dort zeichnen sich eine erhöhte Kostentranspa-

renz, eine größere Sensibilisierung, eine verbesserte Gender-Medienkompetenz usw. ab.

Wir glauben aber, dass es noch einen anderen interessanten Aspekt gibt, den ich kurz ansprechen möchte, nämlich die Gerechtigkeit. Wir meinen, dass eine gewisse Generationengerechtigkeit mindestens genauso wichtig wäre wie diese reine Gender-Gerechtigkeit. Weder die Generationen der Beitragszahler - Frauen und Männer - noch die Generation der Rentner - ebenfalls Frauen und Männer - dürfen bevorzugt oder benachteiligt werden. Warum können wir nicht in Generationsbilanzen denken? Damit würden wir das Budgeting viel nachhaltiger organisieren. Hier könnten auch die unterschiedlichen Belange von Frauen und Männern berücksichtigt werden.

Wir meinen, dass auch dieser Ansatz nachdenkenswert wäre. Das erscheint uns genauso wichtig wie das reine Gender-Anliegen. Gleichwohl wünschen wir dem Bundesland Berlin viel Erfolg. Wir werden die dortige Entwicklung beobachten und zu gegebener Zeit in Bayern diskutieren. Verehrte Kolleginnen und Kollegen der SPD, heute werden wir Ihren Antrag würdigen, aber wohlwollend ablehnen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Herr Professor. Darf ich darum bitten, Telefonate, die nicht den Fraktionsvorstand oder die Geschäftsführung betreffen, nach draußen zu verlegen? Das gilt auch für die Gespräche auf der Seite der Regierungsbank. Ich möchte die Sitzung geordnet zu Ende führen.

Offizielle Wortmeldungen liegen uns hier nicht mehr vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen deshalb zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt auf Drucksache 16/8046 die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der SPD. Ich bitte Sie, die Gegenstimmen ebenso anzuzeigen. - Das sind die Fraktionen der CSU, der FDP, der Freien

Wähler und Frau Kollegin Dr. Pauli. Enthaltungen? - Das ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Außerhalb der Tagesordnung gebe ich gemäß § 14 Absatz 4 bzw. § 26 Absatz 2 der Geschäftsordnung folgende Umbesetzungen im Ältestenrat und in den Ausschüssen bekannt:

Die CSU-Fraktion hat mitgeteilt, dass anstelle von Herrn Thomas Kreuzer wegen dessen Berufung zum Staatssekretär im Staatsministerium für Unterricht und Kultus Herr Kollege Alexander König neues Mitglied im Ältestenrat wird. Ihm ist bereits gratuliert worden.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Auch die Fraktion der Freien Wähler hat Umbesetzungen im Ältestenrat mitgeteilt. Danach wird anstelle von Frau Kollegin Tanja Schweiger Herr Kollege Florian Streibl neues Mitglied im Ältestenrat. Als seine erste Stellvertreterin wurde Frau Kollegin Eva Gottstein, als sein zweiter Stellvertreter wurde Herr Kollege Hubert Aiwanger benannt. - Ebenfalls herzlichen Glückwunsch. Als erster Stellvertreter von Herrn Kollegen Peter Meyer wurde anstelle von Herrn Kollegen Professor Dr. Michael Piazolo Herr Kollege Alexander Muthmann benannt. Auch Sie sind uns herzlich willkommen. Vonseiten der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN wurde mitgeteilt, dass anstelle des Kollegen Thomas Mütze Herr Kollege Dr. Martin Runge erster Stellvertreter von Frau Ulrike Gote sowie zweiter Stellvertreter von Frau Christine Stahl im Ältestenrat wird. Ebenfalls von uns allen ein herzliches Willkommen!

Die Fraktion der Freien Wähler hat darüber hinaus noch folgende Ausschussumbesetzungen mitgeteilt: Neues Mitglied im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten wird anstelle des Herrn Kollegen Professor Dr. Michael Piazolo Frau Kollegin Eva Gottstein. Für Herrn Kollegen Florian Streibl wird Frau Kollegin Tanja Schweiger neues Mitglied im Ausschuss für Eingaben und Beschwerden. Ich bitte Sie, das zur Kenntnis zu nehmen. Im Protokoll ist alles nachzulesen.

Ich habe jetzt keine weiteren Seiten mehr in meinem Buch. Mit großer Freude darf ich Sie jetzt in den restlichen Abend entlassen. Viel Spaß!

(Schluss: 21.11 Uhr)